

Viele Zeitungen wurden ganz eingestellt; in manchen Fällen wurden mehrere zu einer einzigen Ausgabe vereinigt. Bei den übrig gebliebenen wurde der Umfang und die Zahl der wöchentlichen Ausgaben eingeschränkt:

„Der Rohstoffeinsparung dient eine Umfangbeschränkung, die bereits seit Mitte August in Kraft getreten ist, und die für alle deutschen Zeitungen, bis auf ganz wenige reichswichtige Blätter, einen täglichen Umfang von vier Seiten wochentags und sechs Seiten sonntags ohne Rücksicht auf das Format festsetzt. Auch die Erscheinungshäufigkeit wurde einer Beschränkung unterworfen. Alle bisher siebenmal erscheinenden Zeitungen, bis auf sechs reichswichtige Blätter, werden auf sechsmaliges Erscheinen in der Woche übergehen“.<sup>4</sup>

Die „Offenburger Gemeinschaftszeitung“ erschien bis kurz vor der Besetzung Offenburgs durch die französische Armee; mit der Ausgabe vom 13. April 1945 stellte sie ihr Erscheinen ein.<sup>5</sup>

Von untergeordneter Bedeutung ist die von Franz Huber herausgegebene „Ortenauer Rundschau“, die alle vierzehn Tage erschien und bereits 1941 eingestellt wurde.

Durch das Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933<sup>6</sup> hatte die Regierung direkten Einfluß auf die Veröffentlichungen der Presse: an die Stelle der Verantwortung des Chefredakteurs seinem Verleger gegenüber trat die des „Schriftleiters“ gegenüber dem Staat. Darüber hinaus begann eine Vereinheitlichung der Berichterstattung durch die Verpflichtung der Redaktionen auf offizielle Sprachregelungen, die täglich in „Pressekonferenzen“ neu ausgegeben wurden.<sup>7</sup> Ab 1935 wurde die Zulassung zum Beruf des Journalisten an die Absolvierung der „Reichspreseschule“ gebunden.<sup>8</sup>

Somit existierte praktisch keine öffentliche Meinung in dem uns geläufigen Sinn. Ebenso wenig konnte im Bereich der Politik von Öffentlichkeit die Rede sein. Infolge dieser doppelten Abriegelung der Wirklichkeit ist es von vornherein fraglich, ob sich an Hand von Presseveröffentlichungen ein auch nur annähernd zutreffendes Bild zeitgenössischer Ereignisse rekonstruieren läßt: wo politische Entscheidungen nicht öffentlich fallen, können sie auch nicht in der öffentlichen Meinung ihren kontroversen Niederschlag finden. Man wird weniger die wirklichen Lebensverhältnisse und Einstellungen der Bevölkerung kennenlernen als ein bereinigtes Idealbild, das sich an der ideologischen Konstruktion der „Volksgemeinschaft“ orientiert, in der alle Widersprüche aufgehoben sind. Da die Presse als Propagandainstrument zu dem Zweck eingesetzt wurde, die öffentliche Meinung mit der veröffentlichten Meinung identisch werden zu lassen, müßten in der gleichgeschalteten Presse Hinweise auf konkurrierende Konzepte innerhalb des Staats- und Parteiapparats fehlen. Dennoch weist die redaktionelle Linie von „Führer“ und „Offenburger Tageblatt“ Unterschiede auf, die jeweils an geeigneter Stelle hervorgehoben werden sollen.